



K u r z b e r i c h t

über die

*102. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 13. Mai 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss ließ sich von Vertretern des Innenministeriums, des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa, des Ministeriums für Bildung und Frauen und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren über Maßnahmen der Landesregierung im Zusammenhang mit Prävention im Hinblick auf **Jugendgewalt und Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein** informieren. Hieran schloss sich eine Diskussion an. Der Ausschuss nahm in Aussicht, sich nach Vorlage der angeforderten schriftlichen Berichte mit dem Thema im Herbst 2009 erneut zu befassen.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Bericht der Landesregierung, **Strategie 2012 und Zukunft von Polizeidienststellen im ländlichen Raum**, Drucksache 16/2452, fort. Er sprach die Bitte an das Innenministerium aus, ihn zu gegebener Zeit über den Fortgang des Prozesses zu informieren.

Die Ausschussmitglieder nahmen außerdem einen Bericht des Innenministeriums über die **Großdemonstration in Lübeck am 28. März 2009** entgegen. Im Rahmen der Aussprache bat der Ausschuss um die schriftliche Stellungnahme des Innenministeriums zu den Demonstrationsbeobachtungen der Humanistischen Union, Umdruck 16/4260, und zum Schreiben von Rechtsanwalt Hoffmann, Umdruck 16/4047. Den Fraktionen wurde in diesem Zusammenhang anheimgestellt, zusätzlich detaillierte Fragen an das Innenministerium zu formulieren und sie dem Ausschussvorsitzenden zuzuleiten.

Die Ausschuss kamen außerdem überein, in seiner nächsten Sitzung über Verfahrensfragen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Verlängerung der Altfallregelung für Flüchtlinge aufgrund der Wirtschaftskrise**, Drucksache 16/2547, zu beraten.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder